

SIEBENMAL VERSCHOBEN UND NOCH KEINE LÖSUNG IN SICHT. DIE PRÄSIDENT- SCHAFTSWAHLEN IN DER ELFENBEINKÜSTE: DER LANGE WEG AUS DER KRISE

David Robert/Anja Caspers

Im Jahr 2010 sollen in der Elfenbeinküste die ersten Präsidentschaftswahlen seit neun Jahren abgehalten werden. Freie und demokratische Wahlen sollen einen Neuanfang ermöglichen und die Wunden des im Jahre 2002 ausgebrochenen Bürgerkrieges schließen. Der Bürgerkrieg spaltete das Land in zwei Hälften und ruinierte das einstige wirtschaftliche Wunderland Westafrikas. Seit dem Abkommen von Quagadougou aus dem Jahr 2007 gibt es eine Regierung der nationalen Einheit unter Einbeziehung der ehemaligen Rebellen aus dem Norden. Präsident Laurent Gbagbo und sein Premierminister, der Rebellenführer Guillaume Soro, regieren seitdem das Land gemeinsam und haben die Aufgabe, demokratische Wahlen durchzuführen. Nach sieben Wahlverschiebungen seit 2005 sind nun für Ende Februar/Anfang März 2010 die Präsidentschaftswahlen erneut geplant.

Nachdem der letzte Wahltermin, der für den 29. November 2009 vorgesehen war, verschoben wurde, geht das Warten auf die Wahlen in der Elfenbeinküste weiter. Ob der Wahltermin für Anfang nächsten Jahres gehalten wird, ist noch nicht sicher. Die Bevölkerung reagierte auf den ins vierte Jahr gehenden Wahlvorberei-



David Robert leitet als Auslandsmitarbeiter das Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika mit Sitz in Benin.



Anja Caspers ist Trainee des Regionalprogramms Politischer Dialog Westafrika.

Nachdem der letzte Wahltermin, der für den 29. November 2009 vorgesehen war, verschoben wurde, geht das Warten auf die Wahlen in der Elfenbeinküste weiter. Ob der Wahltermin für Anfang nächsten Jahres gehalten wird, ist noch nicht sicher.

tungsprozess mit Lethargie. Selbst die stärksten Optimisten zeigen Ermüdungserscheinungen. Der Glaube an den politischen Willen der Akteure, Wahlen durchzuführen, ist bei den meisten Menschen verschwunden. Der letzte Wahltermin vom 29. November 2009 wurde von Präsident Gbagbo mit der Begründung verschoben, die Umstände vor Ort würden die Durchführung von Wahlen nicht ermöglichen. Im Gegensatz zu den früheren Absagen wurden diesmal keine technischen Schwierigkeiten oder Verzögerungen im Zeitplan angeführt, sondern Bezug genommen auf die unsicheren Verhältnisse. Die Aussage des Präsidenten basiert drauf, dass es im Lande noch immer bewaffnete Milizen gibt. Die Entwaffnung der Milizen ist ein zentraler Punkt im Abkommen von Quagadougou und hätte schon im Jahr 2007 erfolgen sollen. Die Weltbank gab damals bekannt, dass sie rund 100 Millionen Dollar für die Demobilisierung der Truppen zur Verfügung stellt. Das Geld wurde für die Wiedereingliederung der Rebellentruppen verwandt, aber viele private Milizen sind bis heute noch nicht entwaffnet und der politische Wille, dies zu tun, scheint auch nicht vorhanden.

In ihrer Unbestimmtheit ist die Erklärung des Präsidenten ein Rückschritt auf dem Weg zu den Wahlen, denn es wird kein unerfüllter Aspekt der Wahlvorbereitung aufgeführt, sondern allgemein auf Verhältnisse Bezug genommen, welche die Durchführung noch nicht zulassen. Dieser subjektiven Einschätzung lässt sich in einem Land, in dem es immer noch eine prekäre Sicherheitslage in einigen Regionen gibt, schlecht etwas entgegenhalten. Somit ist völlig unklar, wann der Präsident den richtigen Zeitpunkt für Wahlen gekommen sieht. Optimisten glauben, dass Anfang 2010 Wahlen abgehalten werden, da ansonsten die Gebergemeinschaft die Geduld verlieren wird.

VERZÖGERUNGEN BEI WAHLVORBEREITUNGEN

Traditionell begründen die politischen Kräfte die Wahlverschiebungen mit dem sensiblen Prozess der Wahlvorbereitung. Die Wähleridentifizierung und der Aufbau eines Wählerverzeichnisses gelten als Referenzrahmen für die Organisation der Wahlen. Grund für die Sensibilität in diesen Fragen ist die jahrelange Ausgrenzung und Diskriminierung vieler Bewohner der Elfenbeinküste. Diese Diskriminierung führte nicht zuletzt im Jahr 2002 im Lande zum Bürgerkrieg. Mit dem Konzept der „Ivoirinité“ wurden viele Menschen aus dem

Norden diskriminiert, deren Familien erst seit zwei oder drei Generationen im Lande sind. Viele sind ursprünglich aus Burkina Faso und Guinea eingewandert und wurden vom Wirtschaftsboom der Elfenbeinküste nach der Unabhängigkeit 1960 angezogen. Der erste Staatspräsident der Elfenbeinküste, Felix Houphouët-Boigny, vertrat die Auffassung, dass das Land jedem, der es urbar mache und kultiviere, auch gehören solle. Anfangs fanden auf dieser Grundlage viele Menschen aus den trockenen Sahelzonen eine Lebensgrundlage. Die Zunahme der Bevölkerung ließ die Landfrage jedoch zu einer hochpolitischen Frage werden. Heute stammt fast ein Viertel der Bevölkerung aus Einwandererfamilien. Die Landfrage wurde mit dem Konzept der Ivoirinité politisch instrumentalisiert und zu einem der Auslöser des Bürgerkrieges. Im Vorfeld einer geplanten Wahl ist es deshalb wichtig festzustellen, wer wahlberechtigt ist. Da Geburtsregister in vielen Fällen nicht existieren, muss die Identität einer Person über Zeugen und das Erstellen von Familienketten festgestellt werden. Wer nicht nachweisen kann, dass er und seine Familie seit längerer Zeit in einer Region verwurzelt sind, gilt nicht als Ivorer.

Die Zunahme der Bevölkerung ließ die Landfrage jedoch zu einer hochpolitischen Frage werden. Heute stammt fast ein Viertel der Bevölkerung aus Einwandererfamilien. Die Landfrage wurde mit dem Konzept der Ivoirinité politisch instrumentalisiert und zu einem der Auslöser des Bürgerkrieges.

Friedliche Wahlen können erst durchgeführt werden, wenn alle registrierten Personen verifiziert und die Wählerlisten aus dem Jahr 2002 aktualisiert sind. Die Wählerlisten des Jahres 2002 waren umstritten, weil sie viele Menschen in der Elfenbeinküste von der Teilnahme an den Wahlen ausschlossen. Die allgemeine Akzeptanz der Wählerlisten ist daher ein Schlüssel zum Erfolg der Wahlen. Insgesamt hatten sich für die geplante Wahl im Jahr 2009 von den 15 Millionen Ivorern 6,2 Millionen registrieren lassen. Dies sind rund 700.000 Menschen mehr als bei den Wahlen 2002. Von den 6,2 Millionen registrierten Wählern müssen noch rund eine Million Personen überprüft werden. Ihre nationale Identität gilt als strittig. Die Liste selbst muss 30 Tage vor der Wahl vorliegen, damit Reklamationen berücksichtigt werden können. Diese Frist konnte für den Wahltermin am 29. November 2009 nicht eingehalten werden, da der Prozess erst am 22. November 2009 in Gang kam.

Die Überprüfung dieser Personen ist keine rein technische Frage, sondern Gegenstand politischer Konsultationen. Denn was als Wählererfassung und Identifizierung bezeichnet wird,

ist eigentlich ein nationaler Selbstfindungsprozess. Die Frage ist: Wer gehört zur ivoirischen Nation? Da alle afrikanischen Staaten Vielvölkerstaaten sind, bestehend aus verschiedenen Ethnien und Sprachgruppen, ist dies keine einfache Aufgabe. Die Grenzen der Elfenbeinküste sind, wie alle Grenzen afrikanischer Staaten, von den Kolonialmächten willkürlich gezogen. Bisher wurden 42.000 Eintragungen in das Wählerverzeichnis zurückgewiesen.

AUSGANGSLAGE VOR DEN GEPLANTEN WAHLEN

Insgesamt 20 Kandidaten wurden von der Wahlkommission CEI (Commission Electoral Indépendante) für die nächsten Präsidentschaftswahlen zugelassen. Sechs Kandidaten wurden abgelehnt. Voraussetzung für eine Kandidatur sind eine Kaution von rund 30.000 Euro, eine Geburtsurkunde, der Nachweis darüber, keine Steuerschulden zu besitzen, sowie eine persönliche Erklärung mit der Bereitschaft zu kandidieren.

Insgesamt 20 Kandidaten wurden von der Wahlkommission CEI (Commission Electoral Indépendante) für die nächsten Präsidentschaftswahlen zugelassen. Sechs Kandidaten wurden abgelehnt. Voraussetzung für eine Kandidatur sind eine Kaution von rund 30.000 Euro, eine Geburtsurkunde, der Nachweis darüber, keine Steuerschulden zu besitzen, sowie eine persönliche Erklärung mit der Bereitschaft zu kandidieren. Die abgelehnten Kandidaten scheitern

in der Regel an der Kaution oder am nicht vorhandenen Steuerbescheid. Folgende 20 Personen wurden zugelassen:

- Akoto Yao Kouadio Felix, unabhängiger Kandidat
- Anaky Kobenan Innocent Augustin, Kandidat der MFA
- Bedié Konan Aimé Henri, Kandidat der PDCI
- Dolo Adama, Kandidat der Dolomikan
- Eno Aka N'Douba, unabhängiger Kandidat
- Gbagbo Laurent, Kandidat der FPI
- Gnamien Konan, Kandidat der UPC
- Konan Kouadio Simson, unabhängiger Kandidat
- Lohoues Ahne Jacqueline, unabhängige Kandidatin
- Ouattara Alassane, Kandidat des RDR
- Tagoua Nynsémon Pascal, unabhängiger Kandidat
- Tohou Henri, Kandidat der USP
- Wodié Francis, Kandidat der PIT

Da die politische Szene der Elfenbeinküste von drei Parteien dominiert wird, haben lediglich drei Kandidaten Aussicht auf Erfolg. Diese werden im Folgenden näher vorgestellt. Wichtigste Partei ist die FPI, Front Populaire Ivoirien, die Regierungspartei des amtierenden Präsidenten Laurent Gbagbo. Politisch verortet sich die Partei im linken politischen Spek-

trum. Die FPI wurde von Laurent Gbagbo und seiner Frau im Jahr 1980 gegründet. Anfangs bildeten vor allem Mitglieder der Gewerkschaft der Hochschullehrer die Basis dieser Partei.

Präsident Laurent Gbagbo, der Präsidentschaftskandidat der FPI für die Wahlen 2010, ist von Beruf Geschichtslehrer und verbrachte in den achtziger Jahren viele Jahre im französischen Exil, da er in Opposition zum damaligen Präsidenten Houphouët-Boigny stand. Gbagbo verfolgt eine linkspopulistische Politik und stützte sich in der Vergangenheit schon öfters auf die „Jungen Patrioten“, die Jugendorganisation der FPI, die mit Straßenkrawallen und Ausschreitungen Unterstützung für die FPI mobilisierte bzw. Angst und Schrecken verbreitete.

Die zweite politische Kraft im Lande ist die PDCI (Parti Démocratique de Côte d'Ivoire) mit ihrem Kandidaten Henri Konan Bédié. Die PDCI ist die alte Regierungspartei des Staatsgründers und ersten Präsidenten Houphouët-Boigny. Von der Unabhängigkeit im Jahr 1960 bis zum Militärputsch 1999 regierte die PDCI das Land. Die Partei wurde bis zum Tode Houphouët-Boignys autoritär und als Einheitspartei geführt. Ihre politische Ausrichtung ist heute liberal-marktwirtschaftlich. Henri Konan Bédié trat 1993 die Nachfolge des verstorbenen Präsidenten Houphouët-Boignys an. Unter ihm wurde 1994 die „Ivoirinité-Klausel“ in das Wahlgesetz geschrieben, welche vorschreibt, dass nur derjenige Präsident des Landes werden kann, dessen Eltern beide ivoirische Staatsbürger sind. Auf diese Weise wurde der Konkurrent Alassane Ouattara 1995 von den Präsidentschaftswahlen ausgeschlossen. Zudem boykottierten fast alle damaligen Oppositionskandidaten die Wahl von 1995. Im Jahr 1999 verlor Bédié sein Präsidentenamt durch einen Militärputsch. Nach kurzer Zeit im Exil ist er seit 2001 wieder in der Elfenbeinküste. Er ist der starke Mann der PDCI und trotz seiner 74 Jahre erneut Kandidat für die für Anfang 2010 geplanten Präsidentschaftswahlen. Seit dem Friedensprozess von Quagadougou im Jahr 2007 hat sich die PDCI mit der Partei RDR ihres ehemaligen Gegners Alassane Ouattara sowie den Parteien UDPCI und MFA in einem Parteienverbund zusammengeschlossen. Die RHDP, Rassemblement Houphouëtistes pour la démocratie et le paix, ist ein Bündnis von Oppositionsparteien gegen Präsident Laurent Gbagbo. Obwohl in einem Bündnis vereint, treten alle Parteien mit eigenem Kandidaten an. Gemeinsame politische Aktionen gibt es wenige.

Die dritte politische Kraft im Lande ist die RDR, Rassemblement des Républicains. Die RDR ist eine Partei der politischen Mitte und gilt als liberal. Allgemein gilt sie als Partei des Nordens, da ihr Präsidentschaftskandidat Alassane Ouattara aus dieser Region stammt. Alassane Dramane Ouattara, auch ADO genannt, ist ebenfalls ein alter Bekannter auf der politischen Bühne der Elfenbeinküste. Ouattara ist mit seinen 68 Jahren etwas jünger als Bédié und stand im Zentrum der langjährigen Konflikte. Er kommt ursprünglich aus der ehemaligen Staatspartei PDCI und agierte unter dem ersten Staatspräsidenten bereits als Ministerpräsident. Er gilt als Wirtschaftsexperte und hat in den USA Volkswirtschaft studiert. Später arbeitete er beim Internationalen Währungsfonds und bei der Westafrikanischen Zentralbank (BCEAO). Nach dem Tod des ersten Staatspräsidenten besaß er gute Chancen, Präsident zu werden, wurde allerdings von Henri Konan Bédié mit dem „Ivoirinité“-Argument von den Wahlen ferngehalten.

Die drei wichtigsten Kandidaten dieser Wahl haben alle ein fortgeschrittenes Alter und sind mit den Krisen der Elfenbeinküste der letzten Jahre eng verbunden. Ein wirklicher Neuanfang im Stil und Denken ist von keinem der drei Hauptkandidaten zu erwarten. Eine politisch frische Kraft ohne belastende Vergangenheit ist zurzeit nicht in Sicht.

Die drei wichtigsten Kandidaten dieser Wahl haben alle ein fortgeschrittenes Alter und sind mit den Krisen der Elfenbeinküste der letzten Jahre eng verbunden. Ein wirklicher Neuanfang im Stil und Denken ist von keinem der drei Hauptkandidaten zu erwarten. Eine politisch frische Kraft ohne belastende Vergangenheit ist zurzeit nicht in Sicht. Die anderen politischen Parteien und Kandidaten für die Präsidentschaftswahl sind für den Ausgang der Wahl unbedeutend und stehen in den meisten Fällen ebenfalls nicht zwangsläufig für einen Neuanfang. Von den Kandidaten, denen keine Chance auf einen Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen zugerechnet wird, sind zwei besonders hervorzuheben, weil sie bzw. die Parteien die sie vertreten, neben den drei großen Parteien, noch eine gewisse Bedeutung genießen.

Francis Vangha Romain Wodié, Jahrgang 1936, ist ein langjähriger Akteur auf der politischen Bühne. Er wird voraussichtlich als Kandidat der PIT (Parti Ivoirien de Travailleurs) antreten. Die PIT ist als Arbeiterpartei eher sozialistisch ausgerichtet. Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002 gewann Wodié 5,7 Prozent der Stimmen. Er ist Gründungsmitglied der ivoirischen Menschenrechtsliga und war in den achtziger Jahren Präsident der ivoirischen Abteilung von Amnesty International. Albert Mabri Toikeuse, geboren am 8. Dezem-

ber 1962, ist einer der jüngeren Kandidaten. Er wirbt als Kandidat der UDPC (Union pour la Démocratie et le Paix en Côte d'Ivoire). Die UDPCI ist die Partei des ehemaligen Präsidenten und Putschisten Robert Gueï und über das Parteienbündnis RHD mit der PDCI und dem RDR verbunden.

Die programmatische Ausrichtung der Kandidaten ist im Allgemeinen schwach ausgeprägt. Die drei wichtigsten Kandidaten Gbagbo, Bédié und Ouattara haben zwar unterscheidbare politische Orientierungen, jedoch lassen sich keine klaren Präsidentschaftsprogramme erkennen. Allen dreien ist gemeinsam, dass sie nach Macht streben. Bisher ist jedoch nicht zu erkennen, wie sie das Land aus der Krise führen wollen.

DIE GEBURT DER IVORISCHEN KRISE

Die Krise der Elfenbeinküste begann nach dem Tod des ersten Präsidenten Felix Houphouët-Boigny, im Jahr 1993. Katalysatoren waren die politischen Auseinandersetzungen um seine Nachfolge, die wirtschaftliche Krise des Systems und das Auseinanderfallen der Einheitspartei. Das politische System des Landes war in den Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit geprägt von einer einzigen Partei, der Parti Démocratique de la Côte d'Ivoire (PDCI). Houphouët-Boigny, der das Amt 33 Jahre lang innehatte, pflegte einen autoritären Führungsstil und genoss mit seiner Entourage ein luxuriöses Leben. Obgleich er seit dem Beginn seiner Karriere einen engen Kontakt zu Frankreich hatte, wird sein Name bis heute mit dem Begriff der Unabhängigkeit von der Kolonialmacht verbunden. Wie manch andere afrikanische Führer seiner Zeit (vgl. hier Habib Bourguiba oder Leonard Senghor), vertrat er ein ambivalentes Verhältnis zur französischen Kolonialmacht. Der Wille zur Unabhängigkeit und die Faszination des französischen Ideals verbanden sich in seiner Person. Seine dominante Persönlichkeit und die Vormachtstellung der PDCI ließen jedoch keinen Raum für einen demokratischen Prozess. Nach dem Tod des Präsidenten folgte Bédié im Präsidentenamt. Er schaffte es jedoch nicht bei der angespannten Wirtschaftslage und dem steigenden demographischen Druck, die Spannungen im Lande zu lindern, sondern verschärfte diese noch mit dem Konzept der „Ivoirinité“.

Ein Militärputsch durch General Robert Gueï beendete die Regierungszeit der PDCI und von Präsident Bédié. Die Über-

gangsregierung von General Guei stürzte ebenfalls, nachdem diese das Ergebnis der Wahlen des Jahres 2000 nicht anerkennen wollte. Nach massiven Straßenprotesten trat der Präsident zurück und Laurent Gbagbo übernahm das Amt. Aus den im Dezember 2000 folgenden Parlamentswahlen ging die FPI (Front Populaire Ivoirien) als stärkste Kraft hervor. Im September 2002 kam es zu einem Putschversuch von Teilen der Armee, der zum Bürgerkrieg und zur Teilung des Landes in den von der Regierung kontrollierten Süden und den von den Rebellen kontrollierten Norden führte. Die Einrichtung einer Pufferzone in der Mitte des Landes beendete die Kampfhandlungen.

Alle Friedensbemühungen führten bisher nicht zum Erfolg. Im Januar 2003 kam unter aktiver Vermittlung Frankreichs das Abkommen von Linas-Marcoussis zustande. Es sah u. a. die Entwaffnung der Rebellen, die Regelung des Wahlrechts und die Vorbereitung von Wahlen bis zum Oktober 2005 vor.

Alle Friedensbemühungen führten bisher nicht zum Erfolg. Im Januar 2003 kam unter aktiver Vermittlung Frankreichs das Abkommen von Linas-Marcoussis zustande. Es sah u. a. die Entwaffnung der Rebellen, die Regelung des Wahlrechts und die Vorbereitung von Wahlen bis zum Oktober 2005 vor. Was folgte, waren antiwestliche Krawalle seitens der Jugendorganisation der FPI. Eine weitere Eskalation der Krise

erfolgte im November 2004, als sich nach militärischen Zusammenstößen anti-französische Stimmungen entluden. In den Straßen Abidjans kam es zu blutigen Ausschreitungen, tausende Franzosen verließen daraufhin das Land. Nach der Schwächung durch den Bürgerkrieg kamen infolgedessen große Teile der Wirtschaft zum Erliegen. Nachdem es bis Oktober 2005 nicht zur Vorbereitung von Wahlen kam, unternahm man auf internationaler Ebene einen weiteren Versuch, Bewegung in die Situation zu bringen. ECOWAS und die Afrikanische Union verlängerten die im Linas-Marcoussis-Abkommen getroffenen Regelungen um zwölf Monate. Präsident Gbagbo sollte für diese Zeit im Amt bleiben. Bis Ende Oktober 2005 sollte eine neue Regierung gebildet werden und eine internationale Arbeitsgruppe sollte die Umsetzung der Regelungen begleiten. Die Wahl des Premierministers fiel auf den Gouverneur der Westafrikanischen Zentralbank, Charles Konan Banny. Diesem gelang es überraschend schnell, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, in der sowohl die Opposition als auch die Forces Nouvelles aus dem Norden vertreten waren. Trotz dieses viel versprechenden Anfangs kam es bald wieder zu politischen Blockaden. Ständiger Diskussionspunkt war die Reihenfolge der Maßnahmen. Sollte erst die Bevölkerung registriert werden oder zunächst die De-

mobilisation der Truppen erfolgen? Die Rebellen wollten zuerst die Registrierung der Bevölkerung, während die Regierung im Süden auf die Demobilisierung der Truppen pochte. Die Registrierung der Bevölkerung war angesichts der ungeklärten nationalen Identität hunderttausender Ivorer mit Migrationshintergrund eine ebenso sensible Frage wie die nach der Entwaffnung der Rebellen. Keine der beiden Maßnahmen wurde wirklich umgesetzt. Sehr schnell wurde klar, dass das anfangs viel beschworene Tandem Gbagbo-Banny nicht mehr funktionierte. Charles Konan Banny besaß zwar die Rücken- deckung Frankreichs und der internationalen Gemeinschaft, wurde vom Präsidenten jedoch nicht mehr akzeptiert. Als es auch im Oktober 2006 nicht zu Wahlen kam, reagierte der Weltsicherheitsrat mit der Resolution 1721, in der er die Kompetenzen von Premierminister Banny erweiterte. Präsi- dent Gbagbo wies dies als nicht verfassungsgemäß zurück, was ihm wiederum erhöhten internationalen Druck einbrach- te.

Um die internationale Isolierung der Elfenbeinküste aufzu- brechen und die brachliegende Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, setzte Gbagbo auf eine innerafrikanische Lösung und berief den Präsidenten Burkina Fasos, Blaise Compaoré, als Vermittler. Compaoré, der bis dato als Freund der Rebel- len galt, versuchte einen direkten Dialog mit den verschiede- nen Gruppierungen aufzubauen.

DAS ABKOMMEN VON QUAGADOUGOU IM JAHR 2007

Mit Beginn der Verhandlungen unter Vermitt- lung des burkinischen Präsidenten Compaoré wurde die internationale Gemeinschaft zum Zuschauer beim Konflikt in der Elfenbeinküste. Am 4. März 2007 unterzeichneten Präsident Laurent Gbagbo, der Rebellenchef der Force Nouvelles, Guillaume Soro, sowie Blaise Com- paoré als Vermittler in Quagadougou das Ab- kommen, welches bis heute die Grundlage für einen dauerhaften Frieden im Land bilden soll. Mit dem Abkommen von Quagadougou verhan- delten die Hauptakteure des Konfliktes erst- mals ohne internationalen Druck direkt miteinander. Als Er- gebnis der Verhandlungen wurde Rebellenführer Guillaume Soro Premierminister. Gegen Ende des Jahres 2007 sollten

Mit Beginn der Verhandlungen unter Vermittlung des burkinischen Präsi- denten Compaoré wurde die interna- tionale Gemeinschaft zum Zuschauer beim Konflikt in der Elfenbeinküste. Am 4. März 2007 unterzeichneten Prä- sident Laurent Gbagbo, der Rebellen- chef der Force Nouvelles, Guillaume Soro, sowie Blaise Compaoré als Ver- mittler in Quagadougou das Abkom- men, welches bis heute die Grundlage für einen dauerhaften Frieden im Land bilden soll.

Präsidentschaftswahlen stattfinden. Die Umsetzung des Abkommens überwacht ein Konsultationsrat, der sich in regelmäßigen Abständen in Ouagadougou trifft und den Fortgang des Friedensprozesses berät. Mitglieder dieses Rates sind Präsident Laurent Gbagbo, Premierminister Soro, Staatspräsident Blaise Compaoré sowie die beiden aussichtsreichsten Kandidaten, Henri Bédié und Alassane Ouattara. Mit Hilfe des Abkommens gelang es Präsident Laurent Gbagbo, sich vom Druck der internationalen Gemeinschaft zu befreien und die Vorgaben der UN-Resolution 1721 zu umgehen. Zwar musste er seinen ehemaligen Feind aus dem Norden, Guillaume Soro, akzeptieren, konnte allerdings den weiteren Verlauf des Friedensprozesses selbst kontrollieren. Im Abkommen wurden die für Oktober 2007 vorgesehenen Wahlen bereits auf Dezember 2007 verschoben. Diesen Termin hat Präsident Gbagbo nun auch verstreichen lassen.

In der Zwischenzeit konnte der mit 35 Jahren noch junge Chef der Forces Nouvelles, Soro, sich als Staatsmann profilieren und für die Zeit nach der Krise politisch positionieren. Die Zusammenarbeit mit Präsident Gbagbo gestaltet sich wesentlich besser als zuvor die mit Premierminister Banny. Sollte es Soro gelingen, im Rahmen der Wähleridentifikation großen Teilen der Bevölkerung im Norden ihre ivoirische Identität zurückzugeben, würde dies seine Position als Führer des Nordens stärken. Nicht vergessen werden darf, dass Soro mit dem Millionenbudget internationaler Demobilisierungshilfen seine Anhänger materiell sehr gut versorgen kann.

Ein weiterer Grund, warum das Abkommen zustande kam und bis heute hielt, war die Einbindung des burkinischen Präsidenten Blaise Compaoré. Er galt bei seinem Amtskollegen Gbagbo und in weiten Teilen der öffentlichen Meinung in der Elfenbeinküste als Unterstützer der Rebellen. Mit ihm als Vermittler hatte man die dritte Schlüsselfigur des Konfliktes am Verhandlungstisch. Burkina Faso hat großes Interesse an einer Lösung der Krise und einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation im Nachbarland. Hunderttausende Burkinabe, die in der Elfenbeinküste Arbeit gefunden hatten, kehrten im Zuge der Krise in ihr Heimatland zurück. Einst stellten ihre Geldtransfers in die Heimat eine wichtige Stütze der burkinischen Wirtschaft dar. Nun sind sie eine Belastung und ein destabilisierender Faktor für das eigene Land. Zudem war der Außenhandel Burkinas, der zum größten Teil über den Hafen von Abidjan verläuft, während des Krieges völlig zum Erlie-

gen gekommen. Nach der Einrichtung einer Pufferzone zwischen den Kriegsparteien und der Beruhigung der Lage verteuerten sich die Ex- und Importe stark, weil nicht nur die Regierung im Süden, sondern auch die Rebellen im Norden am Handel verdienen wollten. Diese Situation hat sich bis heute noch nicht normalisiert, da im Norden bis heute Straßenzölle und andere Abkommen erhoben werden. Obwohl die Verwaltung sich im ganzen Land ausweitet, sind alle Abgaben, die im Lande erhoben werden, noch nicht völlig harmonisiert. Eine Beilegung der Krise in der Elfenbeinküste ist deshalb im Eigeninteresse Compaorés, der darüber hinaus sein diplomatisches Image in der Region stärken könnte.¹

Heute, fast drei Jahre nach dem Abkommen von Quagadougou, ist die Hoffnung auf eine schnelle Lösung der Krise verschwunden. Der Wahlprozess wird zu einem endlosen Marathon und große Teile der Bevölkerung glauben nicht, dass Präsident Gbagbo wirklich an Wahlen interessiert ist. Trotzdem muss man zugestehen, dass das Abkommen Fortschritte gebracht hat.

Die Bevölkerung kann sich wieder im ganzen Land bewegen und die vor allem in Abidjan durchgeführten Militärkontrollen sind verschwunden. Die Staatsverwaltung beginnt wieder, sich auf das ganze Land auszudehnen, um die Spaltung des Landes zu überwinden. Austausche zwischen dem Süden und Norden zeigen, dass man sich annähert. Eine Aufarbeitung der Vergangenheit gibt es jedoch nicht. Die technische Vorbereitung der Wahlen ist inzwischen weit vorangeschritten. Wählerlisten existieren, es fehlt nur noch die politische Entscheidung, die strittigen Fälle der Staatszugehörigkeit zu klären. All dies trägt dazu bei, die Wunden der Vergangenheit schrittweise heilen zu lassen, wobei die politische und wirtschaftliche Agonie immer noch deutlich spürbar ist.

Heute, fast drei Jahre nach dem Abkommen von Quagadougou, ist die Hoffnung auf eine schnelle Lösung der Krise verschwunden. Der Wahlprozess wird zu einem endlosen Marathon und große Teile der Bevölkerung glauben nicht, dass Präsident Gbagbo wirklich an Wahlen interessiert ist.

DIE REGIERUNG ZEIGT KEIN GROSSES INTERESSE AN DEN WAHLEN

Die Regierung erweckt den Eindruck, als ob sie die Präsidentschaftswahlen nicht wirklich durchführen möchte. Sicher ist es richtig, dass aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit die Wahlen gut vorbereitet sein müssen. Daher müssen

1 | Der burkinische Präsident ist Vermittler in der Elfenbeinküste, in Togo und in Guinea.

Zweifel an der Repräsentativität der Wählerlisten unbedingt vermieden werden. Mit Beschluss vom 16. November 2009 ordnete Präsident Gbagbo an, 3400 Soldaten der Forces Nouvelles in die integrierten Sicherheitskräfte zur Sicherung der Wahlen aufzunehmen. Ferner sollen später weitere 5000 Männer der Force Nouvelles in die Polizei und die Streitkräfte integriert werden.

Ungeachtet der Probleme muss aber festgestellt werden, dass Präsident Gbagbo vom gegenwärtigen Schwebezustand profitiert. Obwohl nur einmal gewählt, absolviert er inzwischen sein zweites Mandat und hat durch die Teilnahme an den Wahlen die Chance auf eine dritte Amtszeit. Da er bisher seiner Wiederwahl nicht sicher sein konnte, hatte er gute Gründe, den Wahltermin weiter zu verschieben.

Ungeachtet der Probleme muss aber festgestellt werden, dass Präsident Gbagbo vom gegenwärtigen Schwebezustand profitiert. Obwohl nur einmal gewählt, absolviert er inzwischen sein zweites Mandat und hat durch die Teilnahme an den Wahlen die Chance auf eine dritte Amtszeit. Da er bisher seiner Wiederwahl nicht sicher sein konnte, hatte er gute Gründe, den Wahltermin weiter zu verschieben. Ähnlich sieht die Interessenslage beim Premierminister

Guillaume Soro aus. Seine Ernennung beruht alleine auf dem Abkommen von Quagadougou. Sollten „normale“ Verhältnisse im Lande einkehren, stellt sich ebenfalls die Frage nach seiner Wiederwahl. Bisher sind die Force Nouvelles keine Partei und würden somit keine Rolle bei einer Normalisierung der Verhältnisse spielen. Ob es politische Absprachen bezüglich der Zukunft Soros über den Wahltag hinaus gibt, ist nicht bekannt. Den anderen aussichtsreichen Kandidaten wie Bédié oder Ouattara ist es bisher nicht gelungen, ausreichend Druck auf den Präsidenten auszuüben.

Da in Afrika die Teilhabe an der Regierung vielfach gleichbedeutend ist mit dem Zugang zu den Ressourcen des Staates, ist eine Regierung der nationalen Einheit unter Beteiligung aller großen politischen Formationen eine denkbare Lösung. Sollte die PDCI von Bédié die Wahlen allerdings nicht gewinnen, wird der 74-jährige Patriarch die Kontrolle in seiner Partei verlieren und Diadochenkämpfe um seine Nachfolge auslösen. Die politische Zukunft von Präsident Gbagbo und seiner FPI, welche sich vor allem den sozial Schwächeren verpflichtet fühlt, dürfte ungewiss sein. Sollte Ouattara bei den Wahlen schlecht abschneiden, könnte er die politische Führungsrolle im Norden verlieren. Ob Premierminister Soro die Autorität besitzt, um die differierenden Interessen im Norden zu bündeln, ist noch ungewiss. Am Anfang seiner Amtszeit als Premierminister erfolgte bei einem Besuch im Norden ein Raketenangriff auf sein Flugzeug – angeblich von seinen eige-

nen Leuten. Der Blick auf die Interessen zeigt, für die maßgeblichen Akteure ist der bisherige Schwebezustand eine tragbare Lösung – deutlich besser als die eigene Macht bzw. den eigenen Einfluss gänzlich zu verlieren.

Das lange Herausögern der Präsidentschaftswahlen hat gleichwohl Präsident Gbagbo einen Vorteil verschafft. Er konnte nicht nur fast fünf Jahre Amtszeit hinzugewinnen, sondern in diesem Zeitraum auch die FPI im Lande etablieren. Nach Jahrzehnten der PDCI-Herrschaft hätten Wahlen bereits im Jahr 2005 den Einfluss der PDCI schnell wieder etablieren können. Heute aber ist aufgrund der demographischen Entwicklung der Elfenbeinküste eine ganz andere Wahlbevölkerung vorhanden. Diese Probleme und die komplexe Interessenslage machen es unmöglich, eine tragfähige Prognose darüber abzugeben, wann es in der Elfenbeinküste Präsidentschaftswahlen geben wird.



WAS KOMMT NACH DEN WAHLEN?

Die langen Diskussionen über Fragen des Wahltermins, der Wählererfassung und anderer technischer Details der Wahlen lässt die Frage vollkommen vergessen, was nach den Wahlen geschehen wird. Die Durchführung der Präsidentschaftswahlen kann zunächst nur bedeuten, dass die Politik sich wieder in legalen, verfassungsmäßigen Bahnen vollzieht. Seit 2005 ist Präsident Gbagbo ohne Legitimation im Amt. Bei allgemein akzeptierten Wahlen ist ein klar definiertes Wahlvolk erforderlich, bei dem sich keine gesellschaftlichen Gruppen

ausgeschlossen fühlen. Die Frage nach der Staatszugehörigkeit sollte mit den Wahlen ein für alle Mal geklärt sein. Gelingt hier keine von allen akzeptierte Lösung, wird der Konflikt unvermindert weitergehen. Die Frage ist, ob dieses Kriterium erfüllt werden kann.

Selbst wenn Wahlen durchgeführt werden, stellen sich weitere wichtige Fragen. Wird Präsident Gbagbo bei einer Wahlniederlage die Präsidentschaft räumen? Viele Menschen in der Elfenbeinküste zweifeln dies an.

Selbst wenn Wahlen durchgeführt werden, stellen sich weitere wichtige Fragen. Wird Präsident Gbagbo bei einer Wahlniederlage die Präsidentschaft räumen? Viele Menschen in der Elfenbeinküste zweifeln dies an. Was wird aus

Premierminister Soro? Ist ein von der gesamten Bevölkerung demokratisch gewählter Präsident noch an das Friedensabkommen mit den Force Nouvelles gebunden; kann er nicht vielmehr seinen Premierminister frei wählen? Sollte Soro abgelöst und somit von den Geldquellen des Staates getrennt werden, ist offen, ob seine Anhänger friedlich bleiben werden. Alle Parteien sehen den Staat als Beute und ihre Anhänger erhoffen sich bei einem Wahlsieg nicht nur eine gute Politik, sondern vor allem direkte Vorteile wie Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, Aufträge und Lebenschancen. Die Anhänger der Parteien verbinden ihre persönlichen Lebens- und Zukunftschancen mit dem Sieg ihrer Partei. Dementsprechend gewaltbereit muss man sich die Anhängerschaft vorstellen. Präsident Gbagbo hat schon einmal junge Leute ohne Zukunft in seiner Organisation als „junge Patrioten“ für die eigenen politischen Ziele genutzt. Sollte Alassane Ouattara, der Kandidat des Nordens, die Wahlen gewinnen, ließe sich die Legitimation von Premierminister Soro noch schwerer erklären.

Die Wahlen können deshalb nur ein Schritt auf dem Weg zu normalen Verhältnissen sein und müssen in einen nationalen Versöhnungsprozess münden. Die oberflächliche Normalisierung, die zurzeit vorstatten geht, ist eine notwendige Voraussetzung, kann aber nicht der Endpunkt sein. Zu viele Menschen haben im Bürgerkrieg gelitten und es gibt gegen Einwanderer nach wie vor große Vorbehalte. Weil diese Vorbehalte in vielen Fällen mit der Landfrage verknüpft sind, also mit materiellen Chancen, bleibt diese Frage auch nach dem Wahltag politisch höchst sensibel. In vielen Teilen der Gesellschaft gibt es chaotische und rechtlose Zustände. Beispielsweise übt die Gbagbo nahe Studentengewerkschaft auf dem Universitätscampus geradezu ein Terrorregime aus. Sie kontrolliert unter Einsatz von Gewalt die Vergabe von Zimmern

im Studentenwohnheim und die Lizenzen für wirtschaftliche Aktivitäten auf dem Campusgelände.

Es ist geradezu eine übermenschliche Aufgabe, die Auswüchse und die Brutalisierung der Gesellschaft der letzten acht Jahren rückgängig zu machen. Dies wird nur gelingen, wenn die Wirtschaft schnell wächst und eine Politik der gerechten Verteilung stattfindet. Bisher allerdings wird über Konzepte und Ansätze, aus der Krise zu kommen, nicht diskutiert, weil man seit drei Jahren auf die Wahlen wartet und mit den Fragen ihrer Vorbereitung beschäftigt ist. Die Herkulesaufgabe steht der Elfenbeinküste erst nach den Wahlen bevor.

ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

Zum siebten Mal wurden die Wahlen nun verschoben und, wie so oft, ohne ein konkretes neues Datum zu nennen. Besorgniserregend ist vor allem die Begründung, dass die Wahlen, welche die Verhältnisse im Lande ändern sollen, nicht durchgeführt werden können eben aufgrund dieser Verhältnisse. Unter diesem Vorwand könnte der Präsident die Wahlen noch lange verzögern. Von einem optimistischen Standpunkt aus sind die Wahlen im Frühjahr 2010 zu erwarten. Jede weitere Verschiebung würde den internationalen Druck erhöhen, zumal die technischen Probleme der Vorbereitung nur mehr vorgeschoben werden können. Jetzt fehlt nur noch die politische Entscheidung, wie man mit strittigen Fällen der Wählerfassung umgeht, und die Festsetzung eines Wahltermins. Endlos wird die Regierung in Abidjan nicht warten können, weil die internationale Gemeinschaft sonst die Geduld verlieren und ihr finanzielles Engagement bei der Begleitung des Friedensprozesses einstellen könnte. Dies kann sich die Elfenbeinküste nicht leisten. Deshalb wird es vor allem davon abhängen, wie lange der Taktiker Gbagbo die internationale Gemeinschaft bei der Stange halten kann. Noch sind die Milizen weder entwaffnet noch kaserniert. Aufgrund dessen wird das Argument, dass in einigen Landesteilen die Sicherheit nicht garantiert werden kann, auch in Zukunft geäußert werden.

Sollte es im Jahr 2010 wieder nicht zu Wahlen kommen, ist damit zu rechnen, dass die Internationale Gemeinschaft ihre Hilfen einstellen wird. Gemeinsam mit der schlechten Wirtschaftslage könnte dies in der Elfenbeinküste zur sozialen „Explosion“ führen. Bisher verhält sich die Bevölkerung er-

staunlich ruhig, weil sie die Hoffnung hat, dass letztlich nur ein langes Warten aus der Krise führen wird. Stirbt diese Hoffnung, könnten die gewaltigen sozialen Anspannungen zu neuer Gewalt auf den Strassen führen. Aus diesem Grunde muss Präsident Gbagbo aufpassen, dass die endlose Verschiebung des Wahltermins nicht mit seinem Namen verbunden wird. Sollte es im Frühjahr 2010 zu keinen Wahlen kommen, sind die Folgen nicht nur für das Land dramatisch, sondern für die ganze Region, die von der „Konjunkturlokomotive“ Elfenbeinküste abhängig ist. Sowohl für das Land selbst als auch für die Region ist eine wirtschaftlich und politisch stabile Elfenbeinküste unablässig.